

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 2/43. Jahrgang

Februar 2012

Schutzgebühr: 0,40 E

Muffensausen im LaGa-Lager

Bis Redaktionsschluß waren 3167 Unterschriften für den Bürgerentscheid gesammelt – innerhalb von knapp 3 Wochen! Mit den Gegnern der Landesgartenschau (LaGa), die nicht in Gießen wahlberechtigt sind und auf

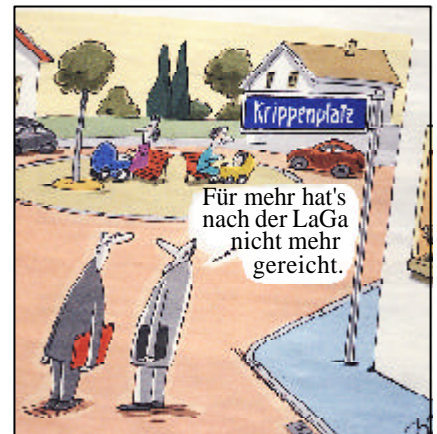


gesonderten Listen unterschrieben, haben damit bisher 4997 Menschen schriftlich bekundet: wir wollen keine Landesgartenschau in Gießen. Notwendig für das Bürgerbegehren sind 2900 Unterschriften

Die Zustimmung zur BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ ist enorm – und entsprechend hektisch reagieren die in Bedrängnis geratenen Stadtoberen und die, die an der LaGa verdienen wollen.

Jetzt auf einmal zeigen sie „Gesprächsbereitschaft“ und wollen „diskutieren“. Auf einer Podiumsdiskussion der Stadt sollten auch Vertreter der BI zugelassen werden. Ein Witz! Auf zwei Sitzungen des Stadtparla-

(Fortsetzung auf Seite 3)



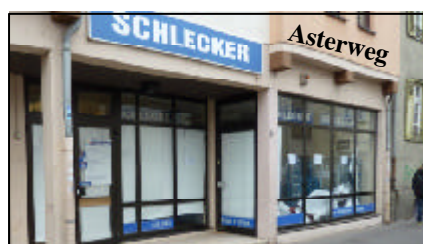
Inhalt:

Kriegsgefahr/Wulff-Jagd	S.2
Linksfraktion/Schiffenberg-Bäume	S.3
Tarifrunde öff. Dienst/Grippe-Serum	S.4
Kapitalist.Irrenhaus/Bild-Zeitung	S.5
Hetze Syrien,Iran/Fidel Castro	S.6
Leserbriefe/Buchtipps	S.7
Dresden/Verfassungsschutz/Termine	S.8

Schlecker-Pleiten: Was wird aus den Beschäftigten?

Leere Regale, teilweise nur pro Artikel ein „Warenvorrat“ von ein oder zwei Stück – so sahen in den letzten Monaten die Schlecker-Filialen in Gießen und Umgebung aus. Grund: Schlecker hatte kein Geld mehr, um Lieferanten zu bezahlen.

Jetzt hat Schlecker Planinsolvenz angemeldet. Dadurch sollen mög-



lichst viele Märkte erhalten werden. Nur: Bei sinkenden Umsätze und zuletzt 30% Personalkosten wird auch das nicht ausreichen. Dazu kommt das überbeuerte und nicht mehr zeitgemäße Sortiment. Direkte Konkurrenten (Müller, dm) sind da wesentlich besser aufgestellt. Negativ ist aber auch das schlechte Image, das Schlecker seit Jahren in sozialen Fragen hat: kaum Betriebsräte und miesen Umgang mit dem Personal; da bleiben auch die Kunden weg! Also werden die Verkäuferinnen die Zeche bezahlen. Nur mit gravierenden Einsparungen beim Personal und weiteren Filialschließungen wird

Schlecker vielleicht überleben. Konkret heißt das: Kündigungen! Da es im Bereich Gießen keinen Betriebsrat gibt, haben die Schlecker-Kolleginnen nur die Gewerkschaft verdi zur Unterstützung. Dem Vernehmen nach laufen bei verdi die Telefone heiß...

Die DKP steht den Kolleginnen solidarisch zur Seite. Helmut Appel

**Widerstand
gegen Hartz IV**
jeden Montag 18 bis 19 Uhr
bei den drei Schwätzern

Für Frieden und Sozialismus! DKP

"Ein weiterer Schritt zum Krieg"

Bundesausschuß Friedensratschlag zum Ölembargo gegen Iran

...Seit Monaten schon wird in israelischen Regierungskreisen über einen Militärschlag gegen Ziele im Iran diskutiert. Allein die Tatsache, daß eine solche Diskussion stattfindet, zeugt von der Mißachtung des strikten Gewaltverbots, das die Charta der Vereinten Nationen allen Staaten der Welt auferlegt hat. Der im November 2011 veröffentlichte Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) enthält weder neue Erkenntnisse über das iranische Atomprogramm noch belastbare Belege für einen akuten »Griff nach der Bombe«. Gleichwohl gehen die Regierungen der EU davon aus, daß der Iran Atomwaffen entwickelt, weil er die zivile Atomindustrie vorantreibt. Letzteres kann dem Iran aber nach internationalem Recht nicht verweigert werden. Zum iranischen »Atomprogramm« ist grundsätzlich festzustellen: Teheran nimmt ein Recht für sich in Anspruch, das alle anderen Staaten dieser Welt auch haben: den atomaren Kreislauf zu schließen, um die Kernkraft zu zivilen (energetischen) Zwecken voll nutzen zu können. Genau das sieht auch der Atomwaffen-

sperrvertrag vor. Das muß uns nicht gefallen – zumal wir spätestens seit Fukushima wissen, daß auch die zivile Nutzung der Kernkraft lebensbedrohend und letztlich eben nicht beherrschbar ist. Die EU hat sich ohne Not ins Kielwasser der USA begeben. Die im Januar 2012 von der US-Administration angeordnete Strafmaßnahme gegen die iranische Zentralbank verfolgt das Ziel, den internationalen Ölhandel mit Iran ganz zum Erliegen zu bringen. .. Damit wird dem Iran, der von den Ölexporten in die genannten Länder sehr stark abhängig ist, die wichtigste Lebensader durchschnitten. Die Sanktionen der USA und der EU können also die gesamte Volkswirtschaft des Iran lahmlegen. Der Schritt der EU stellt eine immense Verschärfung des politischen Klimas dar, bringt den Iran in eine fast ausweglose Situation und die ganze Region an den Rand eines Krieges. Gegenmaßnahmen sind somit programmiert, die Spannungen und die wechselseitige Kriegsrhetorik werden sich gefährlich hochschaukeln. Verlierer ist wie immer in solchen Fällen

die Zivilgesellschaft im Iran, die jeglicher Möglichkeit beraubt wird, demokratische und soziale Fortschritte gegen das herrschende System durchzusetzen.

Zur gefährlichen Drohkulisse des Westens gibt es Alternativen. Wir nennen nur die wichtigsten:

- Anerkennung des Rechts auf Weiterentwicklung des zivilen Atomprogramms des Iran und dessen internationale Kontrolle (gemäß Atomwaffensperrvertrag);
- Verhandlungen zwischen USA und Iran über gegenseitige Nichtangriffsgarantien;
- baldige Einberufung einer UN-Konferenz über die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten.



Wozu die Jagd auf den Bundespräsidenten? – Warum gerade BILD? - Hat Deutschland, den Präsidenten, den es verdient?

Gewiss ist Christian Wulf zu einer peinlichen Figur geworden. Ob er das „Amt beschädigt“ oder nicht, ist für mich nicht relevant. Warum nun versucht BILD mit scheinbar weiser Enthüllung den Präsidenten abzusagen?

Gehen wir einige Jahre zurück. Bevor Gerhard Schröder Bundeskanzler

wurde, war in BILD über mehrere Monate sein Loblied zu lesen. Warum? SPD und Grüne sollten die Wahl gewinnen, damit der völkerrechtswidrige Krieg gegen Jugoslawien begonnen werden konnte.

Das wäre mit einer Regierung aus CDU/FDP schlecht möglich gewesen, dann wären Sozialdemokraten,

Gewerkschafter, damals noch vorhandene Pazifisten der Grünen und andere auf die Straße gegangen. Was hat das mit heute zu tun?

Ohne Verschwörungstheorien entwickeln zu wollen, könnte doch das Vorgehen gegen Christian Wolf letztendlich auf die Kanzlerin und damit auf die CDU zielen.

Also heißt die Frage: Wozu werden Sozialdemokraten in der Verantwortung gebraucht? Was planen die Herrschenden?

Auf die SPD war schon immer Verlass: 1917 Bewilligung der Kriegskredite, Beschwichtigung gegenüber den Nazis ("die werden schon abwirtschaften"), Berufsverbote unter Willy Brandt, verstärkte Umverteilung von unten nach oben unter Helmut Schmidt bis zu Schröders Agenda 2010 (Hartz IV!) und hin zur Kriegsführung gegen internationales Recht. Immer wenn das Kapital ruft, ist die SPD zur Stelle, um dem Volk „Demokratie“, sprich: "Machtwechsel", vorzugaukeln und arbeitsteilig die Drecksarbeit zu übernehmen - die spätestens nach weiterer Verschärfung der Krise anfällt.

Die Olivgrünen lassen wir hier außer acht, die sind zu allem bereit.

Michael Beltz





Info-Stand der BI "Stoppt diese Landesgartenschau": Stets dicht umlagert

Muffensausen im LaGa-Lager

(Fortsetzung von Seite 1)

ments, auf der Anträge der LaGa-Gegner zur Diskussion standen, wurde genau diese öffentliche Diskussion mit Tricksereien und Verzögerungen verhindert! Diese durchsichtige Umarmungstaktik wurde durchschaut und die BI sollte auch alle Versuche einer Spaltung abwehren.

Bereits vorher hatten in ganzseitigen (entsprechend teuren!) Inseraten in beiden Gießener Tageszeitungen der „Förderverein“, die „Fördergesellschaft“, der Geschäftsführer der LaGa zusammen mit IHK, Kreishandwerkerschaft und der Gießener Geschäftswelt für die LaGa geworben. Auf besondere Kritik stieß dabei die Unterschrift des Uni-Präsidenten (der dem ASTA ein politisches Mandat streitig macht) und des Vorsitzenden der Gießener Fünziger (die laut Satzung parteipolitisch neutral sind), die keinerlei Zustimmung ihrer Verbände hatten.

Auch darin zeigt sich das Demokratieverständnis: wenn die Geschäftswelt ruft, wird das Engagement von Tausenden engagierten Mitbürgern, das sonst lauthals eingefordert wird, mißachtet. Aber genau das alles wird weitere Menschen gegen die LaGa aufbringen (wie auch die Befürwortung durch das evangelische Dekanat bereits einige zum Kirchenaustritt veranlaßt hat). Die BI jedenfalls läßt sich nicht beirren und hat noch viele schöne Pläne.

„Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du.“ – dieses Zitat Gandhis paßt.

Erika Beltz

Anträge der Linksfraktion

Wärmestube in Gießen

Neben der LaGa wird es auf der nächsten Sitzung des Stadtparlaments auch noch um andere Dinge gehen. Für die Linksfraktion hat Michael Beltz wieder beantragt, daß in Gießen für Menschen mit wenig Geld eine Wärmestube mit Ausschank eingerichtet werden soll. Dazu sollen der Verzicht auf Konsumtionszwang und moderate Preise gehören. Alte Gießener werden sich erinnern: etwas Ähnliches gab es früher in einem Untergeschoß am Marktplatz.

Des weiteren will er in der Fragestunde wissen, was aus der Sozialarbeiterstelle geworden ist, mit der sich um die Straßenszene in Gießen gekümmert werden sollte.

Hoffnung auf Annahme besteht nicht; Anträge von links werden grundsätzlich abgelehnt und nun außerdem alles der LaGa untergeordnet.

Weg mit den Straßenanliegergebühren!

Bezüglich des Bahndamm-Durchstiches am Ende der Dammstraße for-

dert er den Magistrat auf, die Anwohner aufzuklären. Wenn dies nur eine Begleitmaßnahme der LaGa und nicht mit ohnehin fälligen Straßenbauarbeiten verbunden ist, entfallen die Straßenanliegergebühren. Aber auch hier wird Michael Beltz auf wenig Gegenliebe stoßen, sollen doch die Straßenanliegergebühren auf der gleichen Sitzung wieder angehoben werden. Und so ist auch eine „Anpassung“ der Satzung zu befürchten. Das alles wird dann bekanntlich als „Sachzwang“ verkauft: erst schafft man die Verordnungen, mit denen den Menschen das Geld aus der Tasche gezogen wird; wenn sie dann protestieren, heißt es: was wollt Ihr? Das ist doch alles Vorschrift. Die Sanierung von Straßen gehört zu den normalen städtischen Aufgaben, die mit normalen Steuergeldern finanziert werden sollten. Und die zahlen wir alle – nicht zu knapp – über Lohn- und Einkommenssteuer und über die Mehrwertsteuer; die müssen sogar Hartz-IV-Empfänger berappen. E.B.

Zweiter Kahlschlag am Schiffenberg

Die Holzfäller, die in der Wieseckau vorerst nicht zum Zuge gekommen sind, haben sich anscheinend ersatzweise am Schiffenberg ausgetobt. An der Zufahrt zum ehemaligen Kloster, zwischen der Zufahrt zum Parkplatz und der Bus-Wendeschleife, wurden fast alle (30!) an der Straße stehenden Bäume umgehauen. Nach den Fällungen im Wald zugunsten des Kletterwaldes ist das innerhalb kurzer Zeit der zweite Kahlschlag in diesem Gebiet. Was die Stadt vormacht, machen private Grundstücksverwalter nach, auch im Nordviertel wurden zwischen Wohnblocks massiv Bäume gefällt. Gießen könnte sich bei der UNESCO um den Titel „Welthauptstadt der Baumfäller“ bewerben und sich eine passende Stadthymne geben. Zur Wahl stünden „Mir san die lustigen Holzhackerbuam“ oder das Holzfällerlied von Monty Python. G. Linhart



Tarifrunde 2012 öffentlicher Dienst: 250 Euro mehr für jeden, das muß sein!

Zum Ende des Februars 2012 hat ver.di den Entgelttarifvertrag für die Beschäftigten von Bund und Kommunen gekündigt; am 9.2.2012 sollen die Forderungen durch die Bundestarifkommission beschlossen werden. Klar ist, seit Jahren vergrößert sich der Abstand der Einkommen der Beschäftigten zu denen in der Privatwirtschaft. Hier muß, wenn ein funktionsfähiger öffentlicher Dienst das Ziel ist, endlich nachgeholt werden. Schon längst ist die angebliche Arbeitsplatzsicherheit, mit der niedrigere Löhne im öffentlichen Dienst erklärt wurden, Geschichte. Dramatischer Stellenabbau ist seit über zwei Jahrzehnten festzustellen. Von fast 2,5 Millionen Beschäftigten bei Bund und Gemeinden im Jahr 1992 sank die Zahl bis 2010 auf nur noch rund 1,5 Millionen. Natürlich muß bei der Forderung auch die Inflation berechnet werden. Die Beschäftigten des öffentlichen Dien-

stes sind nicht die Sparschweine der Nation, auch sie haben die Preissteigerungen zu tragen und hierfür ist mindestens angemessener Ausgleich notwendig. Die IG Metall Baden-Württemberg hat nun in ihrer Tariff Kommission für die Beschäftigten in ihrem Bezirk eine Forderung nach Lohnerhöhung von 6,5 % empfohlen, begleitet von der Forderung nach unbefristeter Übernahme nach Ausbildungsende u.a.m. Hieran sollte sich die Diskussion innerhalb ver.di orientieren und gleichzeitig solidarisch mit den Kollegen der IG Metall ihre Forderung festlegen.

Im Bezirk Mittelhessen wurde am 26.1. in Lollar phantasie reich und angeregt diskutiert; als Tendenz zeichnete sich die Forderung nach einem Sockelbetrag von 250 Euro monatlich für alle ab, die am 3.2. beschlossen werden soll. Dies würde natürlich den unteren Einkommens-



gruppen besonders nutzen, während Beschäftigte mit hohem Einkommen – deren Anzahl allerdings recht eingeschränkt ist - weniger davon hätten. Und wenn dann in dem Tarifkonflikt den Beschäftigten bei der Stadt das Argument: „Es ist kein Geld da“ entgegengebracht wird, so sollten die Beschäftigten einfach nur lächelnd auf die Wieseckkaue verweisen und das Ungetüm der Landesgartenschau. Denn Geld ist ja da. Nur wie, und für was es verteilt wird, ist die Frage. Ver.di fordert: Wir sind es wert! K.S.

Das große Geschäft mit der Schweine-Grippe

Tamiflu – dieses Medikament vom Roche-Konzern wird seit einigen Jahren als das Patentrezept gegen Grippe gepriesen. Als vor drei Jahren das Schreckgespenst einer weltweiten Schweinegrippe-Epidemie an die Wand gemalt wurde, deckten sich viele Staaten aufgrund einer Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation WHO vorsorglich mit Millionen von Packungen dieser Pillen ein. Grundlage dieser Käufe waren Angaben des Hersteller-Konzerns, mit diesem Mittel würde eine Grippeinfektion

schneller überwunden, der Verlauf sei harmloser und gefährliche Komplikationen wie Lungenentzündung seien seltener. Jetzt hat eine neutrale Auswertung aller vorliegenden Studien ergeben, daß davon nur wenig stimmt. Einzig die Krankheitsdauer wird im Mittel um 21 Stunden verkürzt, für alle anderen behaupteten Vorteile gibt es keine Beweise. Darüber hinaus wurden von Roche schwere Nebenwirkungen verschwiegen. Solche Nebenwirkungen sind psychische Beeinträchtigungen und Störungen des Ner-

Sehr anschaulich - und spannend - sind die Methoden der Pharmakonzerne in dem Krimi von Wolfgang Schorlau "Die letzte Flucht" (KiWi 8.99 Euro) beschrieben.

vensystems bis hin zu Suizidgefahr. Ältere und billigere Grippemittel sind genauso wirksam und haben weniger Nebenwirkungen. Roche erzielt mit Tamiflu einen Jahresumsatz von etwa 1 Milliarde Euro, im Schweinegrippe-Jahr 2009 waren es sogar über 3 Milliarden.

Der Skandal um dieses Medikament folgt den bekannten Vorgängen beim staatlichen Ankauf von Impfstoffen gegen die Schweinegrippe. Beraten von Fachleuten aus der Pharma-Industrie hatte die WHO ihre Kriterien zur Ausrufung der höchsten Pandemie-Warnstufe herabgesetzt und damit den Ankauf von zig-Millionen Impfdosen ausgelöst. Der größte Teil dieser Impfstoffe wurde nie gebraucht und wurde Ende 2011 vernichtet. Die Milliarden Gewinne hatten die Pharmakonzerne längst in der Tasche. Die WHO muß ihre Abhängigkeit von dieser Industrie beenden! Gernot Linhart



Neues aus dem kapitalistischen Irrenhaus

Schon sagen es auch die Vertreter des Kapitals mit Blick auf die Überschuldung der westlichen Welt: Auf den ersten Blick ist die Lage desastros, auf den zweiten ist es schlimmer. Keiner hält etwas von den Therapievorschlägen des anderen. Stefan

Homburg etwa, Professor an der Universität Hannover, sagt zu Schäubles Vorschlag (Auslagerung von Staatsschulden) das sei „nutzlos“, zum Vorschlag der „Wirtschaftswissenschaften“ (Gemeinschaftshaftung) das sei „gefährlich und unverständlich“. Gott sei Dank, möchte man da sagen, gibt es in Deutschland eine Regierung voller Optimismus und einen FDP- Wirtschaftsminister Philipp Rösler als Fels in der Brandung. Den Konsumenten verspricht er „ein

deutliches Plus an Kaufkraft“ und warnt zugleich vor „zu kräftigen Lohnsteigerungen“. Woher kommt dann das Plus an Kaufkraft bei drei Prozent Inflation? Wahrscheinlich wird Rösler liefern, indem er die Preise senkt.

Die Wirklichkeit ist eine andere. In der Mitte der Siebzigerjahre ging der kapitalistische Nachkriegsboom zu Ende (sog. zwei Ölkrisen). Die Nachfrage konnte nicht mehr die Waren-

produktion aufkaufen. Die kapitalistischen Staaten ersetzten die mangelnde private Nachfrage durch staatliche, so auch die BRD unter dem „Weltökonom“ Helmut Schmidt. Da die Staaten das dazu nötige Geld nicht hatten, verschuldeten sie sich

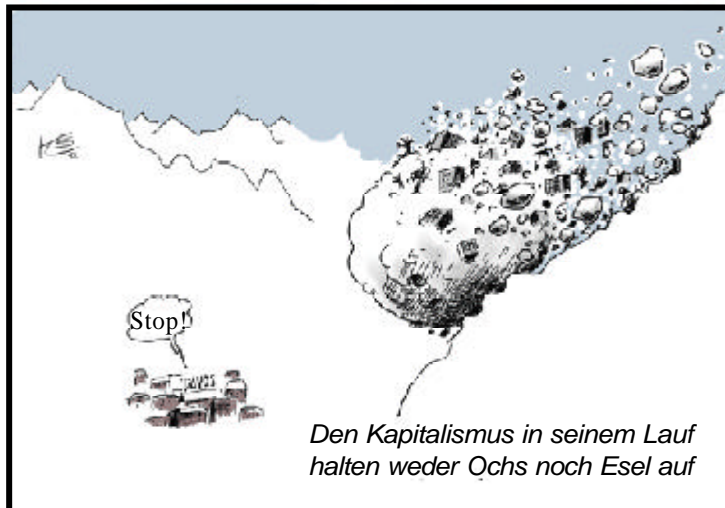
ausgleich (BIZ). Weit vorn liegen die USA mit 15 Billionen Dollar. Nebenbei, die USA haben schon lange so eine famose „Schuldenbremse“, wobei das Parlament in Washington die Schuldenobergrenze immer weiter anhebt. Da die Staaten keinen Aus-

weg aus der Schuldenfalle mehr sahen, bezahlten sie alte Schulden mit immer neuen, ohne einen Gedanken an die Tilgung zu verschwenden. Es ist das klassische Schneeballsystem, bei dem die ersten Investoren aus den Einsätzen der nachfolgenden befriedigt werden. Gut gegangen ist das noch nie.

Und nun stehen die kapitalistischen Staaten vor einem unlösbaren Dilemma. Um eine Rezession hinauszuschieben, müssen sie Geld in Banken und

Industrie pumpen, um die Schulden zu verringern, müssen sie ihre Ausgaben drosseln: Also Gas geben und bremsen zugleich. Da ist guter kapitalistischer Rat teuer.

Klaus Mewes



zunehmend mit Hilfe von Staatsanleihen und der Notenpresse. „Heute ist der Schuldenstand höher als alles bisher Dagewesene, ausgenommen die Zeiten großer Kriege“, sagt die Bank für internationalen Zahlungs-

„Man soll doch nicht so naiv sein zu glauben, dass der Staat jemals seine Schulden zurückzahlen kann. Er muss stets nur so zahlungsfähig bleiben, dass er die alten Kredite durch neue ersetzen kann.“

Finanzstaatssekretär Otto Pöhl, später Bundesbankpräsident, 1975 (!).

BILD-Zeitung - Nein danke!



Anlässlich ihres 60. Geburtstags soll die Bild-Zeitung im Juni flächendeckend an alle Haushalte geliefert werden. Dagegen kann man sich wehren. Viele mögen dieses Blatt, das teilweise als Blödzeitung, teilweise als Lügenblatt bezeichnet wird, nicht einmal geschenkt. Schützen kann man sich davor, indem man an den Verlag schreibt, z.B.: „Ich untersage Ihnen ausdrücklich die unerwünschte Zustellung der Bild-Zeitung an meine Adresse:“. Oder indem man sichtbar auf den Briefkasten klebt „Keine Bild“. - Der Kabarettist Dietrich Kittner hat übrigens vor einigen Jahren quer durch die BRD "das Lügenblatt" verlangt und an jedem Kiosk anstandslos die Bild-Zeitung vorgelegt bekommen.

Man kann das Blatt auch einfach in den nächsten Mülleimer werfen.

Syrien, Iran – Hetze gegen Solidaritätsaufruf

Ein auch im vorigen Echo abgedruckter Aufruf „*Kriegsvorbereitungen stoppen! Embargos beenden! Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens!*“ hat in den deutschen Massenmedien eine Hetzkampagne gegen die Unterzeichner, darunter sechs Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke, ausgelöst. Keine der beteiligten Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten informierte über den Inhalt des Aufrufes.

Sie verfälschten ihn dreist zu einem Aufruf zur Solidarität mit den Regierungen der beiden Länder. In dem Aufruf wird das Recht der Völker betont, über die Gestaltung ihrer politischen und gesellschaftlichen Ord-

nung selbst zu entscheiden. Die Konflikte in einem Land wie Syrien, in dem viele Religionen und Volksgruppen seit Jahrhunderten zusammenleben, lassen sich nur durch interne Verständigung und nicht durch Gewalt von außen lösen.

Fast alle Kenner dieses Landes stellen fest, daß es dort etwa genauso viele Anhänger wie Gegner der Regierung gibt. Die Regierung hat schon längst signalisiert, daß sie zu jedem Dialog mit den internen Gegnern bereit ist. Unter den Regierungsgegnern, vor allem unter den bewaffneten, gibt es allerdings einflußreiche Kreise, die jede Verhandlung ablehnen. Wegen der Unterstützung durch

NATO-Länder fühlen sie sich stark genug, mit Gewalt an die Macht zu kommen – auch wenn das, wie das Beispiel Libyen zeigt, zigtausende Tote und große Zerstörungen im Land bedeuten würde. Für die NATO-Staaten gilt immer noch das uralte Prinzip „teile und herrsche“. Durch Einmischung, Sanktionen und Embargos versuchen sie, in möglichst vielen Ländern Regimes an die Macht zu bringen, mit denen sie leichtes Spiel haben. Nur durch Kampf gegen die Machenschaften der eigenen Regierung können wir etwas dafür tun, diese Machtpolitik zu beenden. Die Massenmedien haben wir dabei natürlich gegen uns. Gernot Linhart

Vorgeschlagen: Friedenspreis des Deutschen Buchhandels für Fidel Castro

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels verleiht jährlich den „Friedenspreis“ an eine „*Persönlichkeit, die in hervorragendem Maße vornehmlich durch ihre Tätigkeit auf den Gebieten der Literatur, Wissenschaft und Kunst zur Verwirklichung des Friedensgedankens beigetragen hat*“, so das Statut. Unter den vorgeschla-

genen Kandidaten befindet sich in diesem Jahr auch Fidel Castro, der vor sechs Jahren krankheitsbedingt von seinen Ämtern zurücktrat und seither sich auf verschiedenen Gebieten wissenschaftlich betätigt und seine Überlegungen zur Friedenssicherung, zum Umweltschutz und zur Lösung anderer globaler Probleme in

zahlreichen vielbeachteten Essays veröffentlicht. Wir begrüßen diesen Vorschlag, der Unterstützung verdient, nachdrücklich. Bis zum 1. März 2012 nimmt der Börsenverein (Geschäftsstelle Friedenspreis, z.Hd. Martin Schult, Schiffbauerdamm 5, 10117 Berlin, m.schult@boev.de) Vorschläge und Stellungnahmen entgegen.

Reflexionen von Fidel Castro zur neuen Kriegsgefahr

„... Ich meinerseits denke, daß die um den Iran geschaffene politische Lage, die das Risiko eines Atomkrieges beinhaltet, die Existenz unserer Gattung bedroht. Der Mittlere Osten ist zur konfliktreichsten Region der Welt geworden, und er ist das Gebiet, in dem die für die Wirtschaft des Planeten lebenswichtigen Energieresourcen geschaffen werden. - Ich teile, wie zweifellos alle Menschen mit einem Mindestmaß an Verantwortungsbewußtsein, die Einschätzung, daß kein Land, ob groß oder klein, das Recht auf den Besitz von Atomwaffen hat.

Wenn der Faschismus die gegen den Nazismus zusammengeschlossenen Mächte dazu gezwungen hat, den Wettlauf mit diesem Feind der Menschheit um die Herstellung einer solchen Waffe aufzunehmen, wäre

die erste Pflicht nach der Beendigung des Krieges und der Schaffung der Organisation der Vereinten Nationen gewesen, diese Waffe ohne jede Aus-



nahme zu verbieten.

Jeden müßte heute die Ruhe überraschen, mit der die Vereinigten Staaten und das zivilisierte Europa die Sanktionskampagne gegen den Iran mit einer systematischen Terrorpraxis unterstützen...

Es handelt sich um eine selektive Menschenjagd auf herausragende ira-

nische Wissenschaftler, die systematisch ermordet werden. Ich habe Artikel von bekannten Sympathisanten Israels gelesen, die von Verbrechen sprechen, die ihr Geheimdienst in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und der NATO verübt hat, als wenn dies etwas ganz Normales wäre.

Gleichzeitig berichten die Agenturen aus Moskau, daß Rußland heute gewarnt hat, daß sich in Syrien ein mit Libyen vergleichbares Szenario entwickelt, jedoch warnte, daß der Angriff diesmal von der benachbarten Türkei ausgehen werde...

Übertreibe ich etwa, wenn ich sage, daß der Weltfrieden an einem seidenen Faden hängt?“

Die vollständige Fassung dieser Reflexion kann unter www.jungewelt.de abgerufen werden

Leserbriefe

Wulffen

In der Bundesrepublik Deutschland wird keine Politik ohne oder gar gegen den Springer-Konzern gemacht, auch wenn es, wie im Falle der überbezahlten Notarfunktion eines Bundespräsidenten nur um Symbolpolitik geht.

Der Mann ist politisch Müllkippe und es ist nur eine Frage der Zeit, bis er auch selbst merkt, dass der Kellner das Lokal zu verlassen hat, sobald es dem Koch beliebt. Im Moment ist es sein Glück, dass die Reservebank leer ist.

Doch, wie sang schon die unvergleichliche Trude Herr: *"Niemals geht man so ganz..."* Schließlich hat er in seiner Amtszeit die deutsche Sprache um die Redewendung "Wulff" mir nicht die Mailbox voll, Alter!" bereichert.

Heinz-W. Hammer

Zum Tod von F.-J. Degenhardt

Ich bin verärgert und traurig zugleich, dass in der letzten Ausgabe des Gießener Echos im wahrsten Sinne des Wortes kein Sterbenswörtchen stand zum Tod des Rechtsanwaltes (er verteidigte v.a. APO-Aktivistinnen von der SPD und DKP), Kommunisten, Freund, Liedermachers und Belletristen Dr. Franz Josef Degenhardt (Karatsch) - kurz vor seinem 80sten Geburtstag. Von einem Nachruf ganz zu schweigen.

Dies wiegt um so schwerer, weil er öfters auch in Gießen auftrat, und dies in schwierigen Zeiten. Er hätte auch im bürgerlichen Lager problemlos Karriere machen und ein sehr reicher Mann werden können. Doch er flog mit seinen Ansichten 1971 und wegen Unterstützung der DKP aus der SPD raus und stand schließlich mit uns zusammen an der Seite der „Schmuddelkinder“!

Uwe Moldenhauer

Hitler und die Großindustrie

Vor 80 Jahren fand ein Ereignis in Düsseldorf statt, dass für die Arbeiterbewegung von großer Bedeutung war und den Faschisten den Weg zur Macht in Deutschland ebnete. Adolf Hitler sprach im Industrieclub vor Vertretern des Großkapitals. Er weckte bei Ihnen die Hoffnung auf Sicherheit des Privateigentums und von hohen Profiten. Gleichzeitig entwarf er ein düsteres Bild von einer vermeintlichen bolschewistischen und jüdischen Weltherrschaft. *„Aber es ist undenkbar, ein starkes und gesundes Deutschland zu schaffen, wenn 50% seiner Angehörigen bolschewistisch und 50% national orientiert seien. Um die Lösung dieser Frage kommen wir nicht herum.“* (Lebhafter Beifall). In den kommenden Jahren flossen Großspenden aus der Industrie zur NSDAP.

Uwe Bossart

Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren und um Spenden

Gießener Echo

Konto Nr. 193070

BLZ 51350025

Sparkasse Gießen

**UZ - Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**

Probeexemplar bzw. 10 Wochen
Gratis-Abo (endet automatisch):

**UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,**

E-mail: UZAbo@t-online.de

www.unsere-zeit.de



**Redaktionsschluß für das
März-Echo: 23.2.2012**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

e-mail:



Markus Bernhardt: Das braune Netz. Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer

Papyrossa Verlag, Neue Kleine Bibliothek 173, etwa 120 S., 9,90 €

Neuer Roman von Rainer Kotulla:
Leander Parow in: Chatten über Waldgirmes, 15,90 €

reiner.kotulla@t-online.de

www.reiner-kotulla.de



Dresden 2012: Aufmarsch der Faschisten verhindern

Zwischen dem 13. und dem 15. Februar 1945 wurde die Stadt Dresden von mehreren Luftangriffen getroffen. Große Teile der Innenstadt und der industriellen und militärischen Infrastruktur Dresdens wurden zerstört; maximal 25.000 Menschen kamen ums Leben. Vor allem rechte Geschichtsrevisionisten brachten immer wieder sechsstellige Opferzahlen ins Spiel und behaupteten, der Angriff wäre dem „Vernichtungswillen“ der Alliierten geschuldet und militärisch sinnlos gewesen. Diese Behauptung ist Unsinn; Dresden war die letzte intakte Garnisonsstadt im Osten Deutschlands, war ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt und eine große Industriestadt.

Trotz aller historischen Beweise entwickelte sich das Gedenken an die Toten der Bombardierung spätestens seit 1998 zu einem der wichtigsten Anlaufpunkte rechter und neofaschistischer Gruppen. Der Höhepunkt war die Demonstration am 13. 2. 2005 wo ca. 6500 Neofaschisten durch Dresden marschierten. 2010 gelang es einem breiten antifaschistischen Bündnis den Marsch von ca. 5000 Neonazis – 3000 weniger als erwartet – zu verhindern. Durch diverse Blockaden in der Stadt gelang es auch 2011, den geplanten Aufmarsch der Faschisten zu verhindern.

Auch in diesem Jahr soll den Faschisten

wieder eine Lektion erteilt werden. Unter dem Motto „Aller guten Dinge sind drei! - Block Dresden 2012“ ruft das breite Dresdner Bündnis „Dresden stellt sich quer“ zur Blockade des faschistischen Aufmarsches auf. Wie jedes Jahr lassen die Faschisten den genauen Termin ihres Aufmarsches offen. Zwei Termine sind aber die wahrscheinlichsten: der 13. und der 18. Februar. Allerdings gehen Dresdner Antifagruppen von der baldigen offiziellen Absage der rechten Demonstration am 18. Februar aus, da die Niederlagen in den letzten beiden Jahren zu Mobilisierungsschwierigkeiten und interne Zerwürfnisse bei den Faschisten geführt hätten. Zur Entwarnung besteht kein Grund; wie in den letzten Jahren orientieren die Rechten auch auf den 13. Februar, um dort einen Fackelzug durchführen. Auch Magdeburg käme als Ausweichort in Frage. Mit dieser Doppelstrategie wollen die Nazis erreichen, wenigstens an einem Tag relativ ungestört marschieren zu können.

Auch in Gießen werden Vorbereitungen für die Unterstützung des Dresdner Bündnisses getroffen. Für die Fahrt nach Dresden (wahrscheinlich am 18.02.) sind zwei Busse angemietet. Buskarten sind beim ASTA der JLU und dem Café Amélie zu bekommen.

Henning Mächerle (Stand: 24.1.2012)



Von Gießen nach Dresden

am 18. Febr. Naziaufmarsch stoppen
Extremismusquatsch dekonstruieren

Datum: Dienstag, 7.2., 19 Uhr

Ort: Café Amélie, Walltorstr. 17,
Veranstalter: Demokratische Linke u. a.
antifaschistische Gruppen

28c3 Video

„Sachsen dreht frei“

- Online- und Offline-Überwachung
weil sie es können! -

Datum: Donnerstag, 9. 2., 20 Uhr

Ort: Infoladen Gießen, Antifa Café
Diskussion und Vortrag mit Anne Roth
zur flächendeckenden Überwachung
von Antifaschisten in Dresden
Veranstalter: Antifa R4

Während die Polizei den Faschisten (unter Bruch des Grundgesetzes, (s. Kasten rechts) den Weg auch mit Gewalt freimacht, werden die, die sich den Nazis entgegenstellen verfolgt: Einem Dresdner Pfarrer wird „aufwieglerischer Landfriedensbruch“ vorgeworfen, Janine Wissler und Willy van Ooyen, MdL Hessen der Linkspartei werden als „Rädelführer einer nicht genehmigten Blockade“ verfolgt. Dafür soll ihre Immunität aufgehoben werden

Potsdamer Abkommen:

„... Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen...“

Artikel 139 Grundgesetz:

„Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Verfassungsschutz beobachtet LINKE

Es ist doch immer wieder schön zu lesen, wie das Kapital geschützt wird in dieser Republik. Zur Beobachtung der Partei Die Linke durch den Verfassungsschutz schreibt das Organ der Großbürger, die FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung): „Gregor Gysi wird niemandem wehtun, außer auf dem Klagewege. Aber da sind noch die Enteignungs- und Umwälzungspläne der Partei oder ihrer Plattformen. Die sollte man schon im Auge behalten.“ Und deshalb hat der Verfassungsschutz im Kapitalismus natürlich die Aufgabe, Kommunisten, Linke, Sozialisten... kurzum alle antikapitalistischen Kräfte zu überwachen. Er ist eben nicht

ein „Verfassungsschutz“ sondern ein Eigentumsschutz. Im Übrigen gibt es in der BRD keine Verfassung, sondern nur ein Grundgesetz. Eine Verfassung, die vom Volk angenommen wurde, hat z.B. Hessen, und die sieht unter anderem die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, das Verbot der Aussperrung und das Recht auf Arbeit vor. Auch und gerade als Lehre aus dem Faschismus ist sie antimilitaristisch und kapitalismuskritisch. - Nicht dem Schutz der Verfassung dient diese Überwachung, sondern dem Schutz des Kapitalismus, der ist aber noch nicht mal im Grundgesetz festgeschrieben. K..S.

Faschistischer Terror in Deutschland

der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) und seine Helfer -

Datum: Dienstag, 6.3., 19.30 Uhr

Ort: Café Amélie, Walltorstr. 17,
Vortrag und Diskussion mit Markus Bernhardt (Journalist & Autor, u.a. für die Tageszeitung Junge Welt)
Veranstalter: Bündnis gegen Rechts Gießen. Unterstützer: u.a. DGB Region Mittelhessen, DGB Jugend Mittelhessen, Infoladen Gießen, DKP Gießen, Linkes Bündnis Gießen, Rote Hilfe Gießen, Solid, SDS, VVN/BdA KV Gießen